

12/SN-54/ME

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Präsidialabteilung

GZ.: PräS - 21 Le 2 - 82/4

Graz, am 24. April 1984

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Lebensmittelbewirt-  
schaftungsgesetz geändert wird;  
Stellungnahme.

Tel.: 831/2428 od. 2671

13 12 84

26. APR. 1984

1984 -04- 27

F. Krainer

H. Schwanzl

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I.,  
Dr. Karl Renner-Ring 3. (mit 25 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen  
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt  
der NÖ Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

F. Krainer



AMT DER  
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung - Präsidialabteilung

An das  
Bundesministerium für Land-  
und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1010 Wien

Präsidialabteilung

8010 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

**Dr. Wielinger**

Telefon DW (0316) 831/ 2428

Telex 031838 lgr gz a

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen  
dieses Schreibens anführen

GZ Präs - 21 Le 2 - 82/4

Graz, am 24. April 1984

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Lebensmittelbe-  
wirtschaftungsgesetz 1952 ge-  
ändert wird.

Bezug: 13.102/01-I 3/84

Zu dem mit do.Note vom 14. Februar 1984, obige Zahl,  
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Le-  
bensmittelbewirtschaftungsgesetz 1952 geändert wird, wird  
nachstehende Stellungnahme abgegeben:

Die vorgeschlagene Neufassung des § 1 Abs. 1 erscheint  
nicht zweckmäßig, da der Warenkatalog, für welchen Bewirt-  
schaffungsmaßnahmen vorgesehen sind, wesentlich unbestimmter  
als in der derzeitigen Fassung ist.

Mit dem beabsichtigten Entfall des § 2 a, der zumindest  
bestimmt, unter welchen Voraussetzungen derartige Eingriffe  
vorgenommen werden können, sind nahezu uneingeschränkte Ein-  
griffsmöglichkeiten in weite Bereiche der Wirtschaft gegeben.

Es fehlen weiters Bestimmungen darüber, wann Bewirt-  
schaffungsmaßnahmen gesetzt werden können und unter welchen Be-  
dingungen die Voraussetzungen für Anordnungen nicht mehr gege-  
ben sind.

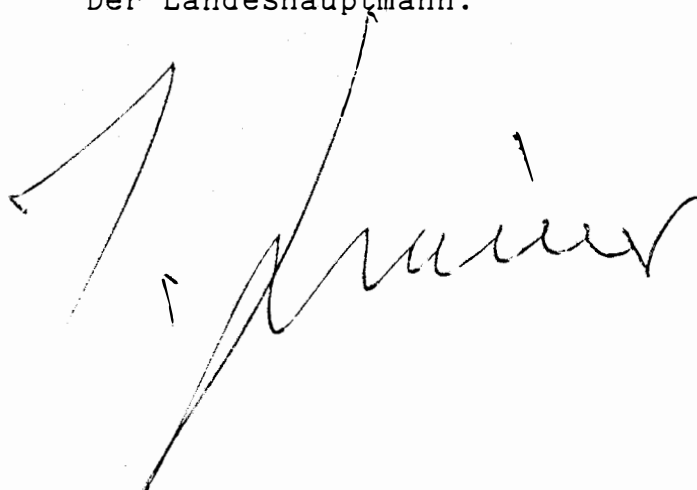
- 2 -

So sind beispielsweise auf dem Brotgetreidesektor Anordnungen aus dem Jahre 1957 noch in Kraft, obwohl zwischenzeitig mit Bestimmtheit von einer Versorgungskrise nicht mehr gesprochen werden kann. Diese Bestimmungen stellen aus verwaltungstechnischer Sicht eine enorme Belastung der Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Ämter der Landesregierung dar und bedürfen, soweit sie nicht für die Regelung des Getreidemarktes entbehrlich sind - in diesen Fällen wären über das Marktordnungsgesetz entsprechende Vorkehrungen zu treffen - einer dringenden Revision.

Insgesamt betrachtet wäre in Anlehnung an das Versorgungssicherungsgesetz 1980, BGBl.Nr. 282, für den Fall von Versorgungsstörungen eine entsprechende generelle Regelung auf dem Sektor der Nahrungsmittelerzeugung, -verarbeitung und -vermarktung dringend erforderlich und führen die gegenständlichen Novellierungsvorschläge zu keinem brauchbaren Ergebnis.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Abdrucke dieser Stellungnahme unmittelbar zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung:  
Der Landeshauptmann:

A large, stylized handwritten signature in black ink, likely belonging to the Landeshauptmann of Styria, is written over the text "Der Landeshauptmann:". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.